

Wahlanalyse

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021

Vorläufiges Wahlergebnis

Viola Neu



Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

1. Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz.....	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung.....	4
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung	7

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz¹

1. Das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz

Trotz Verlusten von 0,5 Punkten bleibt die **SPD** mit 35,7 Prozent stärkste Partei in Rheinland-Pfalz. Die SPD wird mit 39 (+-0) Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Die SPD verlor ca. 81 Tsd. Wähler und wurde von 691 Tsd. gewählt. Die SPD gewann 28 (+1) Wahlkreise direkt. Außer bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2017 hat die SPD bei allen Wahlen Wähler verloren.

Mit 27,7 Prozent verlor die **CDU** 4,1 Punkte und erhielt das schlechteste Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz. Die CDU verlor 4 Mandate und zieht mit 31 Abgeordneten ins Parlament. 535 Tsd. Stimmen gewann die CDU. Dies sind ca. 142 Tsd. weniger als 2016. 23 Abgeordnete (-1) haben ihren Wahlkreis direkt gewonnen.

Die **Grünen** verbesserten ihr Ergebnis um 4,0 Punkte und erreichten 9,3 Prozent. 10 Abgeordnete entsenden die Grünen, die bisher mit 6 Mandaten vertreten waren. Zum ersten Mal gewannen die Grünen mit Katharina Binz im Wahlkreis Mainz I ein Direktmandat. Mit einem Plus von 67 Tsd. Stimmen unterstützten 180 Tsd. Wähler die Grünen. Seit 2018 konnten die Grünen bei allen Wahlen ihr Ergebnis verbessern.

Die **AfD** verlor 4,3 Punkte und erreichte 8,3 Prozent der Zweitstimmen. Mit 9 Sitzen wird die AfD im Parlament vertreten sein. Dies sind 5 Abgeordnete weniger als 2015. 160 Tsd. Wähler gaben der AfD ihre Stimme. Sie verlor 108 Tsd. Stimmen. Bis zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2020 konnte die AfD bei allen Wahlen hinzugewinnen.

5,5 Prozent der Stimmen erreichte die **FDP** bei Verlusten von 0,7 Punkten. Die FDP büßte ein Mandat ein und kann 6 Abgeordnete entsenden. 25 Tsd. Stimmen büßte die FDP gegenüber der Vorwahl ein und mobilisierte 107 Tsd. Wähler.

Die **Freien Wähler** ziehen zum ersten Mal in den Landtag ein. Sie erzielten 5,4 Prozent (+3,2 Punkte). Sie wird mit 6 Abgeordneten vertreten sein. Nach Bayern und Brandenburg sind sie damit im dritten Parlament vertreten. 56 Tsd. Stimmen gewannen die Freien Wähler dazu und wurden von 104 Tsd. Wählern unterstützt.

Die Wahlbeteiligung betrug 64,4 Prozent. Sie ist um 6 Punkte zurückgegangen.

Die sonstigen Parteien erreichten 5,7 Prozent. Die Linke kam auf 2,5 Prozent (-0,3 Punkte). Sie konnte noch nie in den Landtag einziehen. Die Tierschutzpartei erhielt 1,7 Prozent, DIE PARTEI 1,1 Prozent und Volt 1,0 Prozent der Stimmen.

Die sogenannten 18.00-Uhr-Prognosen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen wichen bei dieser Wahl deutlicher vom vorläufigen amtlichen Endergebnis ab, als dies bei Wahlen üblich ist. Dies ist dem hohen **Briefwahlanteil** durch die Pandemie geschuldet. Die Prognose beruht auf Umfragen, bei denen Wähler unmittelbar nach dem Verlassen des Wahllokals befragt werden (Exit Poll). Eine Befragung der Briefwähler unmittelbar nach der Stimmabgabe ist nicht möglich. 66 Prozent entschieden sich für Briefwahl. Damit hat sich der Anteil der Briefwähler gegenüber der Vorwahl mehr als verdoppelt (31 Prozent). In der Prognose schnitten CDU, SPD und Grüne schlechter ab (SPD: Infratest dimap 34,5, Forschungsgruppe Wahlen 33,5; Ergebnis SPD: 35,7; CDU: Infratest dimap 26,0, Forschungsgruppe Wahlen 25,5; Ergebnis: 27,7; Grüne: Infratest dimap 8,5, Forschungsgruppe Wahlen

9,5, Ergebnis: 9,3). Die AfD und die FDP schnitten besser ab. Im Fall der FDP um 1 Punkt. Bei der AfD sendeten beide Institute 10,5 Prozent (Ergebnis 8,3 Prozent).

Dies deckt sich mit Befunden aus anderen Wahlen. Union und Grüne schneiden bei Briefwählern eher besser ab und die AfD eher schlechter.

Bis Montag, 15. März 2021, um 12:00 Uhr lagen noch keine getrennten Auswertungen der Brief- und Urnenwahl vor. Der Landeswahlleiter teilte lediglich mit, dass die CDU in Gebieten mit einem hohen Briefwahlanteil bessere Ergebnisse erzielt habe.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Zum dritten Mal werden die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durch eine besondere Themenlage bestimmt. In diesen Ländern wurde 2011 unmittelbar² nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima abgestimmt. 2016 waren es die ersten Landtagswahlen nach der Flüchtlingskrise. 2021 dominierte die Corona-Pandemie das politische Meinungsklima. Auch hier war es der erste Stimmungstest in der Krise. Nachdem Deutschland sich seit etwa einem Jahr in mehr oder weniger strengen Lock- und Shutdowns befindet, erste Lockerungen in Rheinland-Pfalz im März 2021 ermöglicht wurden, zeichnet sich gleichzeitig der Beginn der dritten Pandemiewelle ab. Aufgrund der starken Dominanz dieser Themen, konnten sich landespolitische Themen nicht durchsetzen.

Bei der Rangfolge der wichtigsten politischen Themen lag „Corona“ mit 57 Prozent deutlich vor allen anderen Themen. Mit 21 Prozent folgte die Schul- und Bildungspolitik und mit 20 Prozent das Thema Internet/Infrastruktur. Klimapolitik wurde von 11 Prozent der Befragten genannt (Forschungsgruppe Wahlen). Im Bereich Corona trauten 34 Prozent der SPD und 17 Prozent der CDU die Lösung des Problems zu. In der Frage des Verkehrs lag die CDU mit 21 Prozent vor der SPD (15 Prozent). Beim allerdings nachgeordneten Thema Klimaschutz erreichten die Grünen einen mit ihrer Kernkompetenz korrespondierenden Wert von 47 Prozent. In der Kernthemenkompetenz der CDU, der Wirtschaftspolitik, ist es der SPD gelungen mit 28 Prozent vor der CDU zu liegen (25 Prozent). 2016 lag die CDU mit 35 Prozent knapp vor der SPD mit 33 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Dennoch zeigte sich, dass es eine große Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement, vor allem im Bereich Bildung und Impfen, gab. So waren 64 Prozent mit dem Krisenmanagement im Bereich Schule/Bildung und dem Impfen (63 Prozent) eher unzufrieden, mit dem allgemeinen Krisenmanagement waren hingegen 57 Prozent eher zufrieden (Forschungsgruppe Wahlen).

Obwohl die politische Agenda von der Pandemie geprägt ist, fällten die Wähler in erster Linie aus landespolitischen Erwägungen ihre Wahlentscheidung. 59 Prozent sagten, die Politik im Land sei wichtiger für die Wahlentscheidung, 35 Prozent nannten die Bundespolitik. Ein Wert, der etwa dem von 2016 (56:38) entspricht und im Vergleich zu anderen Landtagswahlen keine Besonderheit darstellt.

Ein starker Indikator für das Abschneiden von Parteien ist die Zukunftskompetenz. Hier beurteilen die Wahlberechtigten, welche Partei am ehesten die zukünftigen Probleme lösen kann. Die SPD kam hier auf 31 und die CDU auf 24 Prozent. Keine andere Partei erhielt einen höheren Wert als 6 Prozent (Grüne). Ähnlich wie 2016 (62 Prozent) sahen 2021 60 Prozent das Land gut auf die Zukunft vorbereitet (Forschungsgruppe Wahlen).

Durch die Kontaktbeschränkungen standen den Parteien klassische Mobilisierungsinstrumente nicht zur Verfügung. Dazu zählen nicht nur Veranstaltungen. Auch die Wähler konnten sich nicht

untereinander austauschen. Die klassische virale Wahlkampfkommunikation – quasi am Gartenzaun – konnte so nicht stattfinden. Die Parteien verlegten ihre Kommunikation in das Internet und auf die analogen wie digitalen Postfächer. Die Plakatwerbung konnte natürlich wie gewohnt stattfinden.

Die Wahlkampfbedingungen sind dabei für alle Parteien zwar gleich, sie stoßen jedoch auf eine unterschiedlich internetaffine Wählerschaft. In Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung zeichnete sich ab, dass sich die Anhänger der Union und der SPD besonders häufig unter den „Offlinern“ befinden, also das Internet nicht nutzen. Unter den Anhängern der Union waren 28 Prozent und unter den Anhängern der SPD 27 Prozent offline.³ Bei den Grünen waren 4 Prozent, der FDP 7 Prozent, der Linken 15 und der AfD 20 Prozent Offliner. In einer weiteren Studie lag der Anteil der Offliner in der CDU-Anhängerschaft bei 26 Prozent. Weitere 30 Prozent nutzten zwar das Internet, aber nicht für politische Inhalte.

Bei den Facebooknutzern (insgesamt 35 Prozent der Wahlberechtigten) zeigten sich noch deutlichere Unterschiede. Betrachtet man nur die Facebooknutzer⁴ sind 53 Prozent der Unionsanhängerschaft unpolitische Facebooknutzer, gefolgt von SPD und FDP (50 Prozent), den Grünen 47 Prozent, der Linken (40 Prozent) und der AfD mit 40 Prozent.

Die Anhängerschaft der Union könnte damit in dieser Kampagne am schlechtesten durch digitale Angebote erreichbar gewesen sein.

Seit Beginn der Pandemie wird viel über die „Stunde der Exekutive“ gesprochen. Und zweifellos richtet die Pandemie das Augenmerk der Wahlberechtigten auf die Regierungen. Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben hierdurch eine stärkere mediale Präsenz als in anderen Wahlkämpfen. Doch hat der Amtsbonus immer eine enorme Wirkung auf das Wahlergebnis, unabhängig von der Stärke der Parteien im Bund. Denkt man nur an die Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, konnten fast zeitgleich⁵ einmal die SPD (Brandenburg), die CDU (Sachsen) und die Linke (Thüringen) erneut den Ministerpräsidenten stellen. Auch bei anderen Landtagswahlen ist dieses Muster immer wieder erkennbar. Daraus kann man die Schlussfolgerungen ziehen, dass Regierungen bzw. die Amtsinhaber in der Regel gewählt werden. Die Abwahl einer Regierung erfolgt hingegen eher selten.

Dieses Muster zeigt sich auch in Rheinland-Pfalz. Bei der Frage, wen man lieber als Ministerpräsidentin bzw. Ministerpräsidenten hätte, entschieden sich 57 Prozent für Malu Dreyer von der SPD und 30 Prozent für Christian Baldauf von der CDU. In der eigenen Anhängerschaft bevorzugten 70 Prozent Baldauf. In der SPD-Anhängerschaft kam Dreyer auf 93 Prozent. Dass Malu Dreyer ihre Sache eher gut mache, sagten 76 Prozent. Dieser Wert ist im Vergleich zu anderen Wahlen auf einem recht hohen Niveau. Besser schnitten in der Vergangenheit (seit 2017) Annegret Kramp Karrenbauer mit 80 Prozent, Peter Tschentscher mit 79 Prozent und Michael Kretschmer mit 77 Prozent ab (Forschungsgruppe Wahlen). Nach den Vergleichsdaten von Infratest dimap mit einer anderen Fragestellung (Zufriedenheit mit Ministerpräsidentin/Ministerpräsidenten) hatten auch Bodo Ramelow 2019 und Winfried Kretschmann 2021 einen besseren Wert.

Dreyer und die SPD profitierten davon, dass sie sich von der Wahrnehmung der SPD im Bund abgrenzen konnten. Während die Landes-SPD auf einen Wert von 2,0 kommt (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala), kam die Bundes-SPD auf 1,1. Bei der CDU lagen die Bewertungen dicht beieinander. Die Landes-CDU kam auf 0,9 und die Bundes-CDU auf 1,3 (Forschungsgruppe Wahlen). Die positive Wahrnehmung der SPD spiegelte sich auch darin wider, dass 51 Prozent eine Regierung unter der Führung der SPD und 36 Prozent unter Führung der CDU bevorzugten (Forschungsgruppe Wahlen).

Die SPD entschied sich für eine personalisierte Kampagne, bei der die Partei und politische Inhalte in den Hintergrund rückten. Die Amtsinhaberin Malu Dreyer stand mit dem Slogan „Wir mit ihr“ im Mittelpunkt. Auch für die Wähler der SPD war die Kandidatin wichtiger als die Partei. 51 Prozent sagten, sie hätten aufgrund der Kandidatin für die SPD gestimmt. Damit ist der Kandidatenfaktor bei der SPD gegenüber 2016 um 6 Punkte gestiegen. 31 Prozent nannten das Programm und weitere 15 Prozent gaben an, die SPD aufgrund langfristiger Bindung gewählt zu haben (Infratest dimap).

In allen anderen Wählerschaften spielten die programmatischen Inhalte eine ungleich größere Rolle. Bei der CDU war auch die langfristige Bindung an die Partei mit 30 Prozent überdurchschnittlich bedeutsam (+8 Punkte) (Infratest dimap).

Bei der AfD haben sich im Zeitverlauf die Wahl motive deutlich geändert. Mit dem Rückgang der Wählerschaft sinkt der Anteil der Protestwähler und steigt der Anteil derjenigen, die die Partei aus Überzeugung unterstützen. Bei dieser Wahl sagten 40 Prozent der AfD-Wähler, sie hätten die AfD aus Überzeugung unterstützt. Dies ist ein Anstieg von 11 Punkten. Um 12 Punkte auf 50 Prozent ist der Anteil der Wähler gesunken, die angaben, die Partei aus Enttäuschung zu wählen. Die Bindung an die Partei als Wahl motiv ist ebenfalls um 7 Punkte auf 12 Prozent gestiegen (Infratest dimap).

Bei den Grünen hatte die Spitzenkandidatin keinen nennenswerten Einfluss auf das Wahlergebnis. Dies ist für die Anhängerschaft der Grünen jedoch keine Besonderheit. Die Programmatik hatte hingegen für die Wähler eine hohe Bedeutung. So sagten 72 Prozent (+8 Punkte) sie hätten aufgrund des Programms die Grünen unterstützt (Infratest dimap).

Die FDP wurde ebenfalls aufgrund ihrer Programmatik unterstützt. 63 Prozent nannten das Programm und 21 Prozent orientierten sich an ihrer langfristigen Parteibindung. Aber auch Enttäuschung spielte für die Wahlentscheidung eine große Rolle. So sagten 48 Prozent (+6) sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt.

In den Anhängerschaften von FDP, Freien Wählern und der AfD zeigten sich deutliche Meinungsunterschiede zu den Anhängerschaften anderer Parteien in der Beurteilung der Corona-Maßnahmen. Während insgesamt 52 Prozent der Befragten eher zustimmten, dass sie es gut fänden, dass die FDP die Corona-Beschränkungen für Handel und Wirtschaft lockern will, beträgt der Anteil bei der FDP-Anhängerschaft 87 Prozent. Bei ihnen wie auch bei der Anhängerschaft der Freien Wähler und der AfD fand sich eine überdurchschnittliche Unzufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement in Deutschland. Während insgesamt 61 Prozent unzufrieden waren, betrug der Anteil in der FDP-Anhängerschaft 76 Prozent, bei den Freien Wählern 82 Prozent und bei der Anhängerschaft der AfD 99 Prozent. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement in Rheinland-Pfalz. Hier waren insgesamt 45 Prozent unzufrieden, während bei FDP-Anhängern 57 Prozent, bei Freien-Wählern-Anhängern 64 Prozent und bei den AfD-Anhängern 93 Prozent unzufrieden waren. Daher beurteilten 49 Prozent der FDP-, 45 Prozent der Freien Wähler- und 87 Prozent der AfD-Anhängerschaft die Maßnahmen als zu weitgehend (Durchschnitt 25 Prozent) (Infratest dimap).

Auch die Freien Wähler profitieren stark von enttäuschen Wählern. So sagten 53 Prozent, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt (Infratest dimap).

Damit sind FDP, Freie Wähler und AfD die Parteien, die am stärksten von der Enttäuschung der Wahlberechtigten profitierten (Infratest dimap).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung⁶

Die **SPD** gewann von der CDU im Saldo 17 Tsd. Wähler. 7 Tsd. ehemalige Wähler der AfD entschieden sich für die SPD. Verluste hat die SPD gegenüber den Grünen (16 Tsd.), den Freien Wählern (15 Tsd.) der FDP (2 Tsd.) und den sonstigen Parteien (5 Tsd.). 19 Tsd. frühere SPD Wähler haben sich für die Wahlenthaltung entschieden.

Die SPD verlor überdurchschnittlich vor allem bei jüngeren Wählern. Gewinne hat sie bei den Wählern, die über 60 Jahre alt sind. Dadurch kann sie die stärkeren Verluste bei den jüngeren Wählern ausgleichen. Gewonnen hat sie zudem bei Wählern mit einem Volksschulabschluss.

Die CDU gewann von der FDP 12 Tsd. Stimmen und von der AfD 4 Tsd. Verluste hat sie gegenüber der SPD und den Freien Wählern (jeweils 17 Tsd.). 13 Tsd. ehemalige CDU-Wähler wanderten zu den Grünen und weitere 11 Tsd. zu den sonstigen Parteien. 43 Tsd. frühere CDU-Wähler sind nicht zur Wahl gegangen.

Überdurchschnittlich verlor die CDU bei jüngeren Wählern.

Die **Grünen** gewannen aus allen Wählergruppen Stimmen hinzu. Von der SPD kommen 16 Tsd., von der CDU 13 Tsd., von der AfD und FDP jeweils 3 Tsd. Stimmen. Trotz sinkender Wahlbeteiligung gewannen sie auch 1 Tsd. ehemalige Nichtwähler.

Bei Jung- und Erstwählern gewannen die Grünen überdurchschnittlich viele Wähler hinzu. Auch bei Wählern mit einem hohen Bildungsniveau, Beamten und Angestellten können sie überdurchschnittlich hinzugewinnen. Ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis erzielen sie bei jungen Frauen.

Die **AfD** verlor in alle politischen Richtungen Wähler. 7 Tsd. wechselten zur SPD; jeweils 5 Tsd. zur FDP, den Freien Wählern und den sonstigen Parteien, 4 Tsd. zur CDU und 3 Tsd. zu den Grünen. 14 Tsd. ehemalige Wähler gingen nicht zur Wahl. Damit verliert die AfD die Wähler so, wie sie diese gewonnen hat: aus allen politischen Lagern sowie aus der Gruppe der Nichtwähler.

Je jünger die Wähler sind, desto stärker fallen die Verluste der AfD aus. Besonders gut schnitt die AfD bei Arbeitern, Selbständigen und Männern ab.

Die **FDP** gewann von der AfD 5 Tsd. Wähler. Von der SPD kommen 2 Tsd. Wähler. Verluste hat sie gegenüber der CDU (12 Tsd. Stimmen), den Freien Wählern (9 Tsd.) und den Grünen (3 Tsd.). 6 Tsd. frühere Wähler der FDP sind nicht zur Wahl gegangen.

Die FDP gewann in den jüngeren Altersgruppen Wähler hinzu und verlor bei den älteren Wählern. Aufgrund der Gruppengröße können die Verluste in den älteren Wählergruppen durch Gewinne in jüngeren Wählergruppen nicht ausgeglichen werden. In der ohnehin schon starken Gruppe der Selbständigen gewann die FDP hinzu.

Die **Freien Wähler** konnten aus allen Lagern Wähler mobilisieren. Von der CDU wechselten 17 Tsd. zu den FW, von der SPD 15 Tsd., von den Liberalen 9 Tsd., von den sonstigen Parteien 6 Tsd., von der AfD 5 Tsd. und von den Grünen 1 Tsd. 2 Tsd. ehemalige FW-Wähler sind der Wahl ferngeblieben.

In der Sozialstruktur finden sich keine nennenswerten Abweichungen vom Wählerdurchschnitt. Lediglich in den mittleren Altersgruppen (35-44 Jahre) und bei Selbständigen schneiden sie besser ab.

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

² 2016 wählten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März. 2011 wählten Sachsen-Anhalt am 20. März und Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am 27. März.

³ Pokorny, Sabine: 2019, (Un)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Hirndorf, Dominik, 2020: Let's talk about politics! Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur politischen Kommunikation im persönlichen Umfeld. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S. 24. Die Daten stammen aus repräsentativen Telefon-Umfragen.

⁴ Daten aus einer nicht repräsentativen Online-Umfrage. Vgl. Pokorny, 2019, (Un)Soziale Medien?

⁵ Thüringen wählte am 27. Oktober 2019; Brandenburg und Sachsen am 1. September 2019

⁶ Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet. Da in den Exit Polls nur Urnenwähler einflossen und das Wahlverhalten der Briefwähler unbekannt ist, sind die Daten nicht mit anderen Wahlen vergleichbar.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung

Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

www.kas.de